

Klare Worte des Kanzlers zum Honecker-Besuch

Der Wille, die Einheit der Nation zu bewahren, ist ungebrochen

Bonn stand in den vergangenen Tagen im Zeichen des Arbeitsbesuches von Erich Honecker in der Bundesrepublik. Bundeskanzler Helmut Kohl zeigte sich zufrieden mit Ablauf und Ergebnis des Besuchs des DDR-Staatsratsvorsitzenden. In den Gesprächen und mit der Unterzeichnung von drei Abkommen (siehe Kommuniqué im Innern des Blattes) wurden wesentliche Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland erreicht. In seinen Gesprächen mit Erich Honecker hat Helmut Kohl klar herausgestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland und die DDR in grundsätzlichen Fragen unverändert weit auseinander sind. Insbesondere in der Frage der Einheit der Nation. In seiner Tischrede am Montag, 7. September 1987, in der Bonner „Redoute“ hat der Kanzler klare Worte gefunden. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung veröffentlichen wir nachfolgend den Wortlaut der Tischrede.

Herr Generalsekretär, meine Damen und Herren!
Ich heiße Sie, Herr Generalsekretär, hier in Bonn willkommen. Es ist richtig, daß wir zusammenkommen und miteinander sprechen.

Auf Ihren Besuch in der Bundesrepublik Deutschland und auf unsere Begegnung richten sich die Blicke von Millionen Deutschen zwischen Stralsund und Konstanz, zwischen Flensburg und Dresden — und in Berlin. Viele befinden sich in einem Zwiespalt widerstreitender Gefühle: Die Menschen in Deutschland wissen, daß hier zwei Staaten bestehen, die viele praktische Fragen miteinander regeln müs-

HEUTE AKTUELL

● **HONECKER-BESUCH**
Heiner Geißler in „BILD“: Der Besuch bedeutet keine Anerkennung der Spaltung. Seite 5.

Was erreicht wurde. Auszüge aus dem gemeinsamen Kommuniqué. Seite 6

● **STEUERN**
Auflistung der von der SPD/FDP-Koalition vorgenommenen Steuererhöhungen von 1970 bis 1982. Seite 13

● **UMWELTSCHUTZ**
Klaus Töpfer: Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. In Europa sind wir Vorreiter. Seite 17

● **DOKUMENTATION**
Beitrag der Bundesregierung zu den Abrüstungsverhandlungen / Auszüge aus den Reden von Bundeskanzler Helmut Kohl und Alfred Dregger in der Sondersitzung des Deutschen Bundestags vom 26. August 1987. Grüner Teil

sen. Aber sie wissen auch: Dieser Besuch hat eine besondere menschliche und politische Dimension. Er unterscheidet sich von den üblichen Begegnungen in Ost und West.

Das Bewußtsein für die Einheit der Nation ist wach wie eh und je, und ungebrochen ist der Wille, sie zu bewahren. Diese Einheit findet Ausdruck in gemeinsamer Sprache, im gemeinsamen kulturellen Erbe, in einer langen, fortdauernden gemeinsamen Geschichte. So tut sich heute mancher schwer mit seinen Empfindungen und mit der Überlegung, wie sich dieses Treffen in die Kontinuität deutscher Geschichte einfüge. Unser Zusammentreffen in Bonn ist aber weder Schlußstrich noch Neubeginn. Es ist ein Schritt auf dem Weg einer schon lange währenden Entwicklung. Sie ist gekennzeichnet durch das Bemühen um ein geregelteres Miteinander.

Vor fast fünfzehn Jahren haben die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik den Vertrag über die Grundlagen ihrer Beziehungen unterzeichnet. Dieser Vertrag zeigt Grenzen und Möglichkeiten auf. Möglichkeiten eröffnen sich dort, wo praktische Fragen zum Wohle der Menschen in beiden Staaten gelöst werden können, damit es zu einem Verhältnis guter Nachbarschaft kommt.

Im Rahmen dieses Vertrages steht auch Ihr Besuch, Herr Generalsekretär. Vor fast sechs Jahren, im Dezember 1981, sind Sie mit meinem Amtsvorgänger Bundeskanzler Helmut Schmidt am Werbellinsee zusammengekommen. Damals haben Sie seine Einladung in die Bundesrepublik Deutschland angenommen. Ich habe diese Einladung nach meiner Amtsübernahme aufrechterhalten und bekräftigt. In der Zwischenzeit haben wir bei mehreren Gelegenheiten lange miteinander gesprochen. So wissen wir beide, wo die Chancen dieses Besuchs liegen und bei welchen Fragen wir uns nicht näher kommen werden. Dazu gibt es ja auch im

Grundlagenvertrag deutliche Hinweise. An den unterschiedlichen Auffassungen der beiden Staaten zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage, kann und wird dieser Besuch nichts ändern. Für die Bundesregierung wiederhole ich: Die Präambel unseres Grundgesetzes steht nicht zur Disposition, weil sie unserer Überzeugung entspricht. Sie will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Das ist unser Ziel. Wir stehen zu diesem Verfassungsauftrag, und wir haben keinen Zweifel, daß dies dem Wunsch und Willen, ja der Sehnsucht der Menschen in Deutschland entspricht.

Dieses Bestreben steht im Einklang mit dem Grundlagenvertrag und dem Brief zur deutschen Einheit. Wir haben dort auch den Gewaltverzicht bekräftigt. Auch dieser ist nicht allein Verfassungsgebot, sondern zentraler Bestandteil der Politik der Bundesrepublik Deutschland von Anfang an. Krieg und Gewalt dürfen nie wieder Mittel deutscher Politik sein. Wir achten die bestehenden Grenzen, doch die Teilung wollen wir überwinden: auf dem Weg friedlicher Verständigung und in Freiheit. Die deutsche Frage bleibt offen, doch ihre Lösung steht zur Zeit nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte, und wir werden dazu auch das Einverständnis unserer Nachbarn brauchen.

Wie im Zusammenhang mit dem Abschluß des Grundlagenvertrages ausdrücklich festgestellt worden ist, bestehen die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes und für Berlin unverändert fort. Gerade in Berlin kommt das deutlich zum Ausdruck, wo die Berliner in diesem Jahr den 750. Geburtstag ihrer Stadt feiern.

Die Erfahrung lehrt, daß die gegensätzlichen Positionen in Grundsatzfragen die praktische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten in Deutschland nicht

behindern müssen. So ist in den vergangenen Jahren vieles gut geregelt worden, manches wird verhandelt, anderes läßt noch auf sich warten. Doch die Tendenz ist insgesamt positiv — und soweit es an der Bundesrepublik Deutschland liegt, soll es dabei bleiben.

Bei unserer Begegnung in Moskau vor zweieinhalb Jahren haben wir uns eingehend darüber unterhalten, inwieweit besonders jüngere Menschen in der DDR mehr Reisemöglichkeiten erhalten könnten. Bis Anfang der achtziger Jahre kamen jährlich — neben Rentnern — nur einige zehntausend Besucher. 1986 dagegen konnten wir hier in der Bundesrepublik Deutschland etwa eine Million Rentner und über 550 000 Besucher unterhalb des Rentenalters begrüßen.

Ich wünsche sehr, daß 1987 tatsächlich — wie es den Anschein hat — sowohl bei den Rentnern als auch bei den Besuchern unterhalb des Rentenalters jeweils die Millionengrenze überschritten wird. Das wären rund zwei Millionen Besucher allein in diesem Jahr. Und nach unserem heutigen Gespräch, nach den von Ihnen vorgelegten Zahlen, ist diese Zahl zum heutigen Datum bereits weit überschritten.

Aus zahlreichen Gesprächen weiß ich, wie viel das für die Menschen in Deutschland bedeutet. Gerade dieses Beispiel unterstreicht, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland in den letzten Jahren insgesamt günstig entwickelt haben.

Konzentrieren wir uns in diesen Tagen auf das Machbare, und bleiben wir uns auch einig, die zur Zeit unlösbaren Fragen nicht in den Vordergrund zu stellen. Mit unserer praktischen Zusammenarbeit trotz aller Gegensätze haben wir ein Beispiel gegeben — zum Wohle der Menschen, und im Interesse des Friedens.

Auch die übrigen Völker Europas wünschen, daß sich die Deutschen in Ost und West vertragen und im gegenseitigen Umgang jene Humanität erkennen lassen,

die dem Volk Lessings, Schillers und Goethes wohl ansteht.

Zu Werken des Friedens sind wir um so mehr verpflichtet, als in diesem Jahrhundert von deutschem Boden entsetzliches Unheil und Leid ausgegangen ist. Auch daher ist es Aufgabe beider Staaten in Deutschland, durch den Ausbau ihrer Zusammenarbeit zur Verbesserung des politischen Klimas und zur Vertrauensbildung in den West-Ost-Beziehungen beizutragen.

Daß unsere Regierungen Rüstungskontrolle und Abrüstung im Rahmen der übergreifenden Ost-West-Verhandlungen jeweils zu fördern haben, scheint mir selbstverständlich. Friedenssicherung und Gewaltverzicht sind zwingende Erfordernisse der Vernunft und der Moral.

Dabei wissen wir sehr wohl, daß die Hauptverantwortung für einen ertragreichen Ost-West-Dialog auf diesem Gebiet bei den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion liegt.

Die Deutschen haben gelernt, ihre Möglichkeiten und deren Grenzen realistisch einzuschätzen. Diese werden durch die Unvereinbarkeit der politischen Ordnungen beider Staaten und die verschiedene Bündniszugehörigkeit bestimmt. Für die Bundesrepublik Deutschland bleibt die Werte- und Sicherheitsgemeinschaft in der Atlantischen Allianz unverzichtbares und unveränderliches Fundament ihrer Politik, die den Frieden in Freiheit festigen will.

Wir wollen überall weniger Waffenarsenale und überall mehr Sicherheit — gerade auch für die Deutschen im Herzen Europas. Erste konkrete Vereinbarungen erscheinen jetzt greifbar nahe. Die von mir geführte Bundesregierung hat ihren Beitrag dazu geleistet.

Ein sicherer und gerechter Friede wird aber nie allein das Werk von Rüstungskontrolle und Abrüstung sein. Wir sind aufgerufen, an einer großen Aufgabe mit-

zuwirken: der Aufgabe, eine europäische Friedensordnung zu gestalten, die die Spaltung Europas überwindet, Völker und Staaten zusammenführt und für die Menschen die Grenzen öffnet.

Die gemeinsame Geschichte, die uns Deutsche im Guten wie im Bösen unentrennbar miteinander verbindet, hat uns eine weitere zentrale Lehre vermittelt: Niemals wieder darf der Mensch als bloßes Mittel für politische Zwecke mißbraucht werden. Friede beginnt mit der Achtung der unbedingten und absoluten Würde des einzelnen Menschen in allen Bereichen seines Lebens. Jeder Mensch muß über und für sich selbst bestimmen können. Deshalb wurde in der Schlußakte der KSZE ausdrücklich anerkannt: Die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ist „ein wesentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen“.

Wir wollen Friede in Deutschland, und dazu gehört auch, daß an der Grenze Waffen auf Dauer zum Schweigen gebracht werden. Gerade Gewalt, die den Wehrlosen trifft, schädigt den Frieden.

Versäumen wir es nicht, Maßnahmen zu treffen, die auch von Mensch zu Mensch ein Stück Frieden stiften, indem sie mehr Nähe, Miteinander und Freiheit schaffen.

Die Menschen in Deutschland leiden unter der Trennung. Sie leiden an einer Mauer, die ihnen buchstäblich im Wege steht und die sie abstößt. Wenn wir abbauen, was Menschen trennt, tragen wir dem unüberhörbaren Verlangen der Deutschen Rechnung: Sie wollen zueinander kommen können, weil sie zusammengehören.

Daher müssen Hindernisse jedweder Art abgeräumt werden. Die Menschen in Deutschland erwarten, daß nicht Barrieren aufgetürmt werden. Sie wollen, daß wir — gerade auch in diesen Tagen — neue Brücken bauen.

Auch deswegen sollten wir uns noch intensiver darum bemühen, für die Deut-

schen ein Maximum an Miteinander und Begegnungen, an Reisen und Austausch zu ermöglichen. Wir wünschen das vor allem für die jüngere Generation. Ich befürworte auch mehr Städtepartnerschaften — füge allerdings hinzu: Die neuen Möglichkeiten, die sie für persönliche, sportliche und kulturelle Begegnungen bieten, sollten nicht vorwiegend Funktionsträgern zugute kommen.

Zu einem freieren Austausch müssen Bücher gehören, Zeitungen, Filme, auch das Wort des Wissenschaftlers und das Werk des Künstlers. Dafür wollen wir das Kulturabkommen mit Leben erfüllen.

Das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, das morgen unterzeichnet werden wird, kann weitere gute Impulse auslösen. In diese Vereinbarungen ist selbstverständlich auch Berlin voll einbezogen. Berlin ist ein zentraler Punkt in unseren Beziehungen. Wenn wir sie konstruktiv weiterentwickeln wollen, darf dieser Prozeß keinen Bogen um Berlin schlagen. Berlin muß in vollem Umfang an der Zusammenarbeit teilhaben.

Ich begrüße es, daß wir uns auf einen Informations- und Erfahrungsaustausch beim Strahlenschutz verständigt haben. Ein besonders wichtiger Fortschritt ist die Umweltschutz-Vereinbarung. Denn wir haben eine gemeinsame Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen der nachwachsenden Generationen in Deutschland.

Wie so viele Orte in Deutschland erinnert auch die Redoute in Bad Godesberg, wo wir jetzt zusammen sind, an die Kontinuität der deutschen Geschichte. Hier in diesem Haus traf Ludwig van Beethoven im Jahr 1792 erstmals mit Joseph Haydn zusammen. Beethoven ist dann nach Wien gezogen; seine Musik gehört nicht diesem oder jenem Staat, sondern allen Deutschen und der ganzen Welt.

Wir dürfen uns auch an einem Abend wie dem heutigen daran erinnern, daß

Heiner Geißler:

Keine Anerkennung der Spaltung

Generalsekretär Heiner Geißler gab der „Bild“-Zeitung anlässlich des Honecker-Besuches das folgende Interview:

Bild: Erich Honecker wird bei uns als Staatsgast empfangen, überall Becher-Hymne und „Spalter-Flagge“ — völkerrechtliche Anerkennung der „DDR“?

Geißler: Natürlich nicht! Es ist die Fahne eines kommunistischen Staates in Deutschland, keine Anerkennung der Spaltung. Im übrigen hoffe ich, daß nach dem Besuch auch in der DDR der Text der Becher-Hymne wieder gesungen wird, darin heißt es zum Beispiel: Laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland. Wir begrüßen den Besuch also nicht deswegen, weil wir Sympathien gegenüber einem kommunistischen Regime haben. Der entscheidende Grund ist: Wir versprechen uns

vom Dialog mit dem DDR-Regime eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen im anderen Teil Deutschlands.

Bild: Die „DDR“ will aber, daß Bonn die „DDR“-Staatsbürgerschaft anerkennt . . .

Geißler: Erich Honecker besucht in Wiebelskirchen seine Schwester. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sie für ihn eine Ausländerin ist. Genauso sind für uns die Bewohner der DDR Deutsche.

Bild: Die CSU fordert, daß Sie und Minister Blüm sich wie in Chile auch bei Honecker für die Menschenrechte einsetzen . . .

Geißler: Einer Ermahnung dazu bedarf es nicht. Die CDU ist weder links noch rechts blind. Wir setzen uns überall in der Welt für Menschenrechte ein, besonders aber für die Menschenrechte unserer Landsleute.

Deutschland und die Deutschen der Welt auf den Feldern der Kunst, der Literatur, der Philosophie, der Technik, der Naturwissenschaften Werke geschenkt haben, auf die wir gemeinsam stolz sein können.

So möchte ich dazu ermuntern, unsere Fragen auch in den weiteren Zusammenhängen der wechselvollen deutschen Geschichte zu sehen. Niemand von uns weiß, was der beständige Wandel der Zeit und der Umstände uns und den nachfolgenden Generationen bringen wird. Aber eines ist sicher: Solchen Wandel wird es auch in Deutschland weiter geben.

Künftige Generationen der Deutschen werden uns danach beurteilen, wie wir unter schwierigen Gegebenheiten mit den praktischen und den moralischen Aufgaben fertig geworden sind, die uns die Teilung und die Sorge um den Frieden stellen.

Gewiß, der Handlungsspielraum des Politikers ist beschränkt. Wer kennt besser die Sachzwänge unserer Zeit als wir Deutsche! Dennoch: Guter Wille, dies glaube ich, kann viel Gutes bewirken — im Dienst an den Deutschen und für den Frieden in Europa und in der Welt. Darauf, und auf Ihr persönliches Wohl, Herr Generalsekretär, erhebe ich mein Glas.

Diese Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl können Sie als Broschüre über das IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Vermold, beziehen.

Bestell-Nr.: 3002

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 19,— DM
zzgl. MwSt.

Was erreicht worden ist

Auszüge aus dem „Gemeinsamen Kommuniqué“

Während des Arbeitsbesuches von Generalsekretär Erich Honecker in Bonn wurden folgende Abkommen und Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unterzeichnet:

■ Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes;

■ Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes;

■ Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik.

Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Erich Honecker stimmten darin überein, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik angesichts einer sich aus der gemeinsamen Geschichte ergebenden Verantwortung besondere Anstrengungen für das friedliche Zusammenleben in Europa unternehmen müssen. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg, von deutschem Boden muß Frieden ausgehen.

Sie betonten, daß das Verhältnis der beiden Staaten zueinander ein stabilisierender Faktor für konstruktive West-Ost-Beziehungen bleiben muß. Von ihm sollten positive Impulse für friedliche

Zusammenarbeit und Dialog in Europa und darüber hinaus ausgehen.

Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker würdigten die Entwicklung des Verhältnisses zwischen beiden Staaten seit dem Abschluß des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972. Sie betonten, daß dieser Vertrag zusammen mit den bisher getroffenen Vereinbarungen und Regelungen Grundlage und Rahmen für die Beziehungen zwischen beiden Staaten bildet. Sie bekräftigten ihre gemeinsame Erklärung vom 12. März 1985.

Unter Berücksichtigung der Gegebenheiten und unbeschadet der Unterschiede in den Auffassungen zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage, ist es die Absicht beider Seiten, im Sinne des Grundlagenvertrages normale **gutmachbarliche Beziehungen** zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu entwickeln und die Möglichkeiten des Vertrages weiter auszuschöpfen. Es bestand Übereinstimmung, das Erreichte unter Beachtung des Grundsatzes zu bewahren und auszubauen, daß beide Staaten die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten respektieren. Verständigungswille und Realismus sollen Richtschnur für eine konstruktive, auf praktische Ergebnisse gerichtete Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten sein.

Beide Seiten würdigten die anhaltend positive Wirkung des Viermächte-Abkommens vom 3. September 1971 auf die Lage im Zentrum Europas und die West-Ost-Beziehungen und bekräftigten

die Notwendigkeit seiner strikten Einhaltung und vollen Anwendung.

Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker behandelten eingehend Fragen des **Reise- und Besucherverkehrs** einschließlich der Reisen in dringenden Familienangelegenheiten. Sie würdigten die bisher erzielten Fortschritte und bekräftigten die Absicht, auf **weitere Verbesserungen und Erleichterungen im Interesse der Menschen hinzuwirken**.

Sie begrüßten die zwischen den Verkehrsministern beider Staaten getroffenen Vereinbarungen über **Fahrpreisermäßigungen** im gegenseitigen **privaten Reiseverkehr** sowie im **Transitverkehr** zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) auf den Strecken der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn.

Sie erörterten ferner die Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung des **Tourismus**. Sie stimmten darin überein, Möglichkeiten für eine schrittweise Entwicklung des touristischen Reiseverkehrs zu schaffen.

Sie bekräftigten die Absicht, den touristischen Jugendaustausch im Interesse der Begegnungen junger Menschen von beiden Seiten zu fördern und weiterzuentwickeln.

Sie begrüßten das Zustandekommen von **Partnerschaften** zwischen Städten in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik als einen wichtigen Beitrag zu Begegnungen zwischen den Bürgern — auch unter Einbeziehung kultureller Veranstaltungen — und damit zum Ausbau friedlicher Nachbarschaft zwischen beiden Staaten. Sie werden solche Bemühungen auch künftig unterstützen.

Sie betonten ihre Bereitschaft, die Begegnungen auf dem Gebiet des **Sports** weiter zu fördern. Dabei sollen auch die Möglichkeiten im Rahmen von Städtepartnerschaften genutzt werden.

Humanitäre Fragen

Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker erörterten humanitäre Fragen einschließlich der **Familienzusammenführung** und der Lösung von Härtefällen. Sie würdigten positive Ergebnisse und stimmten darin überein, entsprechende Bemühungen konstruktiv fortzusetzen.

Beide Seiten würdigten die Arbeit der Grenzkommission. Sie bekundeten ihre Absicht, im Sinne des Regierungsprotokolls vom 29. November 1978 Aufgaben der Grenzkommission, soweit sie noch nicht gelöst sind, zum Abschluß zu bringen.

Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker brachten zum Ausdruck, daß sie den Fragen des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen große Bedeutung beimessen. Sie werteten den Abschluß der Vereinbarung über die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiete des **Umweltschutzes** als Ausdruck des Willens, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu vertiefen.

Beide Seiten stimmten überein, die Verhandlungen zu Fragen der Reduzierung der **Salzbelastung der Werra** sowie der Kaliabwasserversenkung zügig fortzuführen und möglichst bald mit einem ausgewogenen Ergebnis positiv abzuschließen. Es bestand Einvernehmen, die Aufnahme von Gesprächen über Fragen des Gewässerschutzes **der Elbe** zu prüfen.

Beide Seiten würdigten den Abschluß des Abkommens über **Informations- und Erfahrungsaustausch** auf dem Gebiet des **Strahlenschutzes** als wichtigen Schritt zum Ausbau der gegenseitigen Beziehungen.

Sie begrüßten den Abschluß des Abkommens über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der **Wissenschaft und Technik** und sind sich darin einig, auf dieser

Grundlage die Beziehungen mit Kontakten zwischen Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen entsprechend den vereinbarten Projekten zum gegenseitigen Nutzen zu intensivieren.

Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker unterstrichen die große Bedeutung einer umfassenden sachlichen Information durch **Presse, Funk und Fernsehen** für die weitere Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen. Dementsprechend gewähren beide Seiten Journalisten bei der Ausübung ihrer Tätigkeit größtmögliche Unterstützung.

Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker würdigten das am 6. Mai 1986 abgeschlossene **Kulturabkommen**, das der Entwicklung der Kulturbeziehungen dient und zu einer deutlichen Zunahme des kulturellen Austausches geführt hat. Sie unterstrichen die Absicht, die Zusammenarbeit auf der Grundlage dieses Abkommens zielstrebig fortzusetzen und weitere Bereiche einzubeziehen. Die Vorhaben für 1988/89 sind im wesentlichen abgestimmt.

Beide Seiten würdigten, daß im Zuge der vereinbarten Rückführung kriegsbedingt verlagertes Kulturgüter inzwischen der Austausch wertvoller Archivbestände weitgehend abgeschlossen werden konnte. Noch in diesem Jahr wird die Rückführung ausgelagerter Gemälde einvernehmlich geregelt werden.

Im Bereich des Gesundheitswesens, der Landwirtschaft sowie des Wohnungs- und Städtebaus sollen Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit fortgesetzt und ausgebaut werden.

Beide Seiten sprachen sich dafür aus, die Bemühungen um eine vertragliche Regelung des **Rechtsverkehrs** fortzusetzen. Im Interesse der Rechtsuchenden soll der

Rechtsverkehr so einfach und zweckmäßig wie möglich geregelt werden.

Beide Seiten erörterten Fragen des nicht-kommerziellen Zahlungsverkehrs und werden bemüht bleiben, einschränkende Bestimmungen abzubauen und Verfügungsmöglichkeiten über Vermögen im Interesse der Menschen in beiden Staaten zu erleichtern.

Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker stellten mit Befriedigung fest, daß sich die **Wirtschaftsbeziehungen** zwischen beiden Staaten in den letzten Jahren insgesamt positiv entwickelt haben. Sie betrachten den Handel als wichtiges stabilisierendes Element der Gesamtbeziehungen und erklärten ihr Interesse, die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils unter Ein-schluß auch kleiner und mittlerer Unternehmen kontinuierlich auszubauen. Sie bekräftigten ihre Absicht, die Struktur des Handels weiter zu verbessern und verstärkt auf den Austausch von Investitionsgütern, insbesondere von Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik sowie auf dem Gebiete der Energie- und Umwelttechnik, hinzuwirken. Beide Seiten unterstrichen die Bedeutung der Zusammenarbeit auf dritten Märkten.

Sie bekräftigten die Absicht, die regelmäßigen Kontakte im Bereich des Handels und der Wirtschaft fortzusetzen.

Im Interesse eines kontinuierlichen Ausbaus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils wurde Einvernehmen erzielt, Gespräche über die Bildung einer **gemischten Kommission** zur weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage der bestehenden Abkommen und Regelungen aufzunehmen.

Verbesserte Verkehrs- und Wirtschaftsbedingungen

Beide Seiten stimmten überein, zur weiteren Verbesserung der **Verkehrsverbindungen** — einschließlich von und nach **Berlin (West)** — Regelungen und Vereinbarungen zum gegenseitigen Nutzen vor allem auf dem Gebiet des Eisenbahnverkehrs anzustreben und Gespräche darüber mit dem Ziel deutlich kürzerer Reisezeiten und höherer Zugfrequenzen aufzunehmen.

Es bestand Einvernehmen, auf der Grundlage des Abkommens auf dem Gebiet des **Post- und Fernmeldewesens** im Rahmen der technischen und ökonomischen Möglichkeiten weitere Verbesserungen des Post- und Fernmeldeverkehrs — einschließlich von und **nach Berlin (West)** — vorzusehen.

Beide Seiten begrüßten die zur Zeit auf kommerzieller Ebene geführten Gespräche über den Bezug und die Lieferung von **Elektroenergie** zwischen Energieversorgungsunternehmen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik unter Einbeziehung von **Berlin (West)**. Sie erwarten, daß diese Gespräche zum Abschluß entsprechender langfristiger Verträge führen werden.

Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker erörterten Fragen der internationalen Entwicklung. Im Bewußtsein, daß in beiden Staaten unterschiedliche gesellschaftliche Ordnungen bestehen und daß sie verschiedenen Bündnissen angehören, legten sie ihre Auffassungen zu Stand und Perspektiven der West-Ost-Beziehungen dar.

Sie bekundeten ihren Willen, im Rahmen ihrer Bündnisse für eine Politik des Abbaus von Spannungen und der Sicherung des Friedens zu wirken sowie für die

Fortsetzung von Dialog und langfristig angelegter Zusammenarbeit einzutreten.

In dem gemeinsamen Bemühen, alle Gelegenheiten für einen immer breiter und konstruktiver angelegten Dialog, der sich mit dem Anliegen der Menschen in West und Ost befaßt, auszuschöpfen, und in der Überzeugung, daß ein langfristiger, stabiler und dauerhafter Zustand des Friedens in Europa nicht durch militärische Mittel allein erreicht werden kann, messen beide Seiten dem KSZE-Prozeß besonderen Wert bei. Dabei sind ausgewogene greifbare Fortschritte in allen Bereichen der Schlußakte von Helsinki ein wichtiger Maßstab für den Willen zur Entspannung und für die Bereitschaft, durch Vertrauensbildung die Lösung von Sicherheitsfragen zu erleichtern. Beide Seiten setzten sich dafür ein, daß alle Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki und des abschließenden Dokuments von Madrid volle Wirksamkeit erlangen — zum Wohle der Menschen und im Interesse der Zusammenarbeit der Staaten.

Dialog über Menschenrechte

Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker führten in diesem Zusammenhang einen offenen Meinungs austausch über die Verwirklichung aller **Menschenrechte**. Beide Seiten brachten ihre Absicht zum Ausdruck, in Zusammenarbeit mit den anderen Teilnehmerstaaten auf ein substantielles Ergebnis des Wiener KSZE-Folgetreffens hinzuwirken.

Sie hoben die große Bedeutung hervor, die im Rahmen des West-Ost-Dialogs Ergebnissen von Verhandlungen über wirksame Maßnahmen der Rüstungskontrolle und Abrüstung in allen Bereichen beizumessen ist. Solche Ergebnisse müssen, beruhend auf dem Prinzip der Gleichheit und Parität, ein stabiles

Gleichgewicht der Kräfte auf möglichst niedrigem Niveau, verbunden mit dem Abbau von Ungleichgewichten, verwirklichen. Sie müssen wirksam verifizierbar sein.

In diesem Sinne werden beide Seiten auf Fortschritte und Ergebnisse in den laufenden Verhandlungen und Konferenzen in Genf und Wien, an denen sie selbst teilnehmen, hinarbeiten sowie bei den bilateralen Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion konstruktiven Einfluß ausüben.

Beide Seiten betonten die besondere Bedeutung eines Abkommens über **Mittelstreckensysteme** und erklärten, daß die weltweite Beseitigung amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckenflugkörper mit über 500 km Reichweite die Stabilität und Sicherheit in Europa und Asien wesentlich erhöhen.

Sie teilten die Überzeugung, daß von dem Abschluß einer entsprechenden Vereinbarung positive Wirkungen sowohl für andere Bereiche der **Rüstungskontrolle** und **Abrüstung** als auch für das West-Ost-Verhältnis insgesamt ausgehen werden. Die hier liegende Chance muß genutzt werden.

Bundeskanzler Kohl legte das im Atlantischen Bündnis abgestimmte Konzept dar, daß im Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts und einer weltweiten Beseitigung chemischer Waffen amerikanische und sowjetische bodengestützte nukleare Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite auf niedrige gleiche Obergrenzen reduziert werden sollen.

Generalsekretär Honecker lenkte die Aufmerksamkeit auf die Vorschläge der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zur Reduzierung der taktischen Atomwaffen im Komplex mit den Streitkräften und konventionellen Rüstungen in Europa.

Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker unterstützten die am 8. Januar 1985 zwischen den USA und der Sowjetunion vereinbarten Ziele der **Genfer Verhandlungen**, nämlich: ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde selbst zu beenden und zugleich die Kernwaffen zu begrenzen und zu verringern sowie die strategische Stabilität zu stärken.

Beide Seiten unterstützten die 50%ige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen. Sie wiesen auf die Bedeutung des ABM-Vertrages hin.

Beide Seiten setzten sich für die Vereinbarung eines zuverlässig verifizierbaren nuklearen Teststopps im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz zum frühestmöglichen Zeitpunkt ein. Sie halten ein schrittweises Herangehen an dieses Ziel in den laufenden Kontakten zwischen den USA und der Sowjetunion für möglich.

Beide Seiten bekannten sich zu ihren Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und drückten ihr Interesse an einer Stärkung des Regimes der Nichtweiterverbreitung gemeinsam mit anderen Ländern aus.

Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker stimmten überein, daß Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung die konventionelle Abrüstung mit dem Ziel größerer Sicherheit und Stabilität in Europa vom Atlantik bis zum Ural besonders dringlich machen.

Sie unterstreichen die Bedeutung entsprechender Verhandlungen und stimmten darin überein, daß sie alles tun werden, damit bei den Gesprächen zwischen den 23 Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und des Warschauer Vertrages in Wien möglichst bald ein substantielles Mandat vereinbart wird.

Beide Seiten würdigten die Ergebnisse der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa als einen wichtigen Schritt zur Herstellung von mehr Vertrauen und Berechenbarkeit auf militärischem Gebiet. Sie betonten die Notwendigkeit der Implementierung des Stockholmer Dokuments nach Geist und Buchstaben und werden sich für Verhandlungen über weitere vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen einsetzen.

Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker bekräftigten ihren Willen, zum Erfolg der Wiener Verhandlungen über die gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa beizutragen.

Für ein Verbot chemischer Waffen

Beide Seiten werden sich nachdrücklich für den baldigen Abschluß eines Vertrages über ein weltweites und verlässlich überprüfbares Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen einsetzen.

Sie legten ihre unterschiedlichen Standpunkte zu Fragen regionaler Vereinbarungen im Bereich von Kernwaffen und chemischen Waffen dar.

Sie würdigten, daß die Konsultationen zwischen den Abrüstungsbeauftragten ihrer Regierungen zu einem festen Bestandteil ihres politischen Dialogs geworden sind und begrüßten deren Fortsetzung.

Beide Seiten stimmten darin überein, weiterhin zur Stärkung der Vereinten Nationen als des universalen Forums zur friedlichen Gestaltung der internationalen Beziehungen, zur Lösung der vordringlichen weltpolitischen, ökonomischen,

sozialen und humanitären Probleme und des Dialogs über Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung beizutragen. Sie würdigten die Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten als einen Faktor von Bedeutung für die internationale Stabilität.

Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker bezeichneten ihren Meinungsaustausch als notwendig und förderlich für die weitere Entwicklung der Beziehungen. Sie sprachen sich für die Fortsetzung und Intensivierung der Kontakte auf hoher politischer und auf anderer Ebene aus.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzende des Staatesrates der Deutschen Demokratischen Republik lud den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu einem **Gegenbesuch** ein. Die Einladung wurde mit Dank angenommen. Termin und Einzelheiten werden später vereinbart.

Tischrede des Bundeskanzlers war angemessen und würdig

In der Sitzung der CDU/CSU-Bundstagsfraktion führte der Fraktionsvorsitzende Dr. Alfred Dregger unter lebhaftem Beifall folgendes aus:

Die Tischrede des Bundeskanzlers aus Anlaß eines Abendessens für Generalsekretär Honecker war angemessen und würdig, und sie hat in der Tat nichts ausgelassen. Was gesagt werden mußte, ist höflich, aber bestimmt gesagt worden. Ich finde, daß diese Rede wirklich unseren Dank und unseren Glückwunsch an den Bundeskanzler verdient.

Kulturpolitische Schwerpunkte

Die Bewahrung des kulturellen Erbes, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kunst und Künstler und der Ausbau kultureller Institutionen sollen die Schwerpunkte der Kulturpolitik des Bundes in der laufenden Legislaturperiode sein.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt (CDU), sagte vor Journalisten in Bonn, besonders wichtig sei auch die Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit. Hier werde das Innenministerium dem Bundestag bis zum Ende des Jahres ein Aktionsprogramm vorlegen, um diesen Teil der deutschen Kultur wieder stärker in das Bewußtsein der Bundesbürger zu rücken.

Oberster Grundsatz der Kulturarbeit der

Bundesregierung sei eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Ländern, erklärte Waffenschmidt. An den öffentlichen innerstaatlichen Kulturausgaben von derzeit acht Milliarden Mark sei Bonn mit 500 Millionen beteiligt, das entspreche rund sechs Prozent. Von 1982 bis 1986 seien die Kulturausgaben des Bundes um 27 Prozent gestiegen.

Ein wichtiges Instrument für das konstruktive Zusammenwirken der Länder untereinander und mit dem Bund sei die „Kulturstiftung der Länder unter Beteiligung des Bundes“, die nächstes Jahr ihre Arbeit aufnimmt, sagte Waffenschmidt. Von dieser Kulturstiftung erwarte die Bundesregierung neue Impulse und Aktivitäten für die zentralen kulturpolitischen Aufgaben.

Rita Süßmuth nach wie vor gegen Waffendienst für Frauen

Aufgrund unterschiedlicher Interpretationen in den Medien betont Bundesfrauenministerin Rita Süßmuth:

1. Ich bin nach wie vor gegen den Dienst von Frauen in der Bundeswehr an der Waffe.
2. Um Frauen den Dienst an der Waffe zu ermöglichen, wäre eine Änderung des Grundgesetzes mit einer Zweidrittelmehrheit notwendig. Dafür wird es im Deutschen Bundestag keine Mehrheit geben.
3. Es ist also völlig abwegig, daß sich die Bundesfrauenministerin für eine Wehrpflicht für Frauen ausgesprochen hat.

In diesem Sinne hat sich die Bundesfrauenministerin auch in einem Rundfunkinterview geäußert: „Mir scheint also

die Bundeswehr nicht das primäre Feld der Gleichberechtigung zu sein, und schon gar nicht möchte ich, daß sie ein Alibi ist für die nicht vollzogene Gleichberechtigung in anderen Bereichen“, so Rita Süßmuth wörtlich im Saarländischen Rundfunk.

Zitat

„Bei uns in Schleswig-Holstein wird es nicht geschehen, daß man Parksünder drangsaliert während Hausbesetzer eine Audienz beim Bürgermeister bekommen.“

(Uwe Barschel auf einer Wahlveranstaltung im Hamburger Umland, „Abendblatt“ vom 3. 9. 1987)

Gerhard Stoltenberg:

Haltlose Unterstellungen der SPD kein Ersatz für eine Alternative

Nach wie vor ist die Sozialdemokratische Partei zu einer ernsthaften und sachbezogenen steuerpolitischen Diskussion nicht bereit. Da sie über eine in sich geschlossene Alternative zur steuerpolitischen Konzeption der Bundesregierung nicht verfügt, beschränkt sie sich auf haltlose Unterstellungen über angebliche Pläne der Bundesregierung zur Benachteiligung der Arbeitnehmer und massiven Anhebung indirekter Steuern.

Die Sozialdemokraten haben in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung 1970 bis 1982 insgesamt 17mal Erhöhungen bei der Mehrwertsteuer, der Mineralölsteuer, der Tabaksteuer, der Branntweinsteuer, der Kraftfahrzeugsteuer und der Schaumweinsteuer in Kraft gesetzt. Diese Erhöhungen führten insgesamt zu jährlichen Steuermehreinnahmen von 25,6 Milliarden Mark.

So wurden

- die Mehrwertsteuersätze um 2 Prozentpunkte (ermäßigter Steuersatz 1 Prozentpunkt),
- die Steuer auf Vergaserkraftstoffe um 35 Pfennig auf 51 Pfennig je Liter,
- die Heizölsteuer um 0,83 Pfennig auf 1,66 Pfennig,
- die Tabaksteuer für Zigaretten um 116 Prozent,
- und die Trinkbranntweinsteuer um 112 Prozent angehoben.

Die Steueranhebungen erfolgten unter dem Vorzeichen eines überhöhten Wach-

tums der Ausgaben und der nachhaltigen Ausdehnung des Staatssektors. Eine grundlegende Steuerreform mit einer wirksamen und dauerhaften Entlastung der Einkommen der arbeitenden Menschen konnte dagegen in zwölf Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung nicht erreicht werden. Begrenzte punktuelle Entlastungen bei den direkten Steuern wurden durch die Folgen der Inflation und der zu steilen Progression immer wieder zunichte gemacht.

In ihrer Regierungszeit haben die Sozialdemokraten die massive Erhöhung der Verbrauchsteuern und der Mehrwertsteuer immer wieder als sozial vertretbar und als notwendig zur Herstellung eines ausgewogeneren Verhältnisses von direkten und indirekten Steuern bezeichnet. Heute behaupten sie, eine geringfügigere Anhebung einzelner Verbrauchsteuern sei eine unzumutbare Belastung der Verbraucher.

Seit dem Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 hat es nur einmal eine Anhebung bei den indirekten Steuern gegeben. Die noch von den Sozialdemokraten vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen beziehungsweise 0,5 Prozentpunkte war 1983 erforderlich, um in einer schwierigen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Ausgangssituation, wichtige steuerliche Entlastungen zur Stärkung der betrieblichen Investitionen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ohne einen weiteren Anstieg der weitüberhöhten Nettokreditaufnahme verwirklichen zu können.

Im einzelnen stellen sich die Erhöhungen indirekter Steuern unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung (1970 bis 1982) folgendermaßen dar:

	Steuereinnahmen (Milliarden Mark)
1. Umsatzsteuer	
1. Januar 1978: Anhebung der Steuersätze von 11/5,5 Prozent auf 12/6 Prozent	6,2
1. Juli 1979: Anhebung der Steuersätze von 12/6 Prozent auf 13/6,5 Prozent	6,5
22. Dezember 1981: Änderungen im Umsatzsteuergesetz (Abschaffung ermäßigter Steuersätze für freie Berufe, Streichung Umsatzsteueroption für Bauherren u. a.)	0,9
Umsatzsteuer insgesamt:	13,5
2. Mineralölsteuer und Heizölsteuer	
1. März 1972: Erhöhung der Mineralölsteuer um 4 Pfennig/Liter	1,5
1. Juli 1973: Erhöhung der Mineralölsteuer um 5 Pfennig/Liter	1,8
1. August 1978: Erhöhung der Heizölsteuer um 0,83 Pfennig/Liter	0,5
1. April 1981: Erhöhung der Mineralölsteuer um 7 Pfennig/Liter (Vergaserkraftstoffe) bzw. 3 Pfennig/Liter (Diesel) u. a.	2,7
Mineralölsteuer und Heizölsteuer insgesamt	6,5
3. Tabaksteuer	
1. September 1972: Erhöhung der Tabaksteuersätze um durchschnittlich 25 Prozent	1,4
1. Januar 1977: Erhöhung der Tabaksteuersätze um durchschnittlich 18 Prozent	0,7
1. Juni 1982: Erhöhung der Tabaksteuersätze für Zigaretten um rund 34 Prozent, für Feinschnitt um rund 120 Prozent	1,5
Tabaksteuer insgesamt	3,6
4. Branntweinsteuer	
1. Januar 1972: Erhöhung des Steuersatzes für Trinkbranntwein um rund 25 Prozent bzw. für medizinischen und pharmazeutischen Branntwein um 41 Prozent	0,8
2. Mai 1976: Erhöhung des Steuersatzes für Trinkbranntwein um 10 Prozent	0,2
1. Januar 1977: Erhöhung des Steuersatzes für Trinkbranntwein um 18 Prozent	0,6
1. April 1981: Erhöhung des Steuersatzes für Trinkbranntwein um 15 Prozent (u. a.)	0,3
1. April 1982: Erhöhung des Steuersatzes für Trinkbranntwein um 13 Prozent	0,2
Branntweinsteuer insgesamt	1,7
5. Kraftfahrzeugsteuer	
28. Februar 1972: Verstärkung der Progression für Nutzfahrzeuge	0,2
6. Schaumweinsteuer	
1. April 1982: Erhöhung der Schaumweinsteuer um 33 1/3 Prozent	0,1
Erhöhung indirekter Steuern insgesamt	25,6

Steuerreform nicht zur Disposition stellen

Nicht zur Disposition darf nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) die geplante Steuerreform gestellt werden, da sie Arbeitnehmer und Mittelstand massiv von Steuern entlastet und somit die Wachstumskräfte der deutschen Wirtschaft nachhaltig stärkt.

Wie der BVR in seinem soeben vorgelegten Jahresbericht unterstreicht, könnten die wirtschaftlichen Herausforderungen der Zukunft nur erfolgreich bewältigt werden, wenn durch massive Steuerentlastungen Freiräume für private Leistung, Innovation und Investitionen geschaffen würden. **Die Steuerreform sei unzweifelhaft arbeitnehmer- und mittelstandsfreundlich**, auch wenn jetzt von interessierter Seite und aus regional verengter Sicht etwas anderes behauptet werde. Die irreführende Kritik an der Reform verweise, daß in Zukunft beispielsweise rund eine halbe Million Steuerpflichtiger ganz von der Steuer befreit würden und der linear-progressive Tarif ausnahmslos allen Lohn- und Einkommensteuerzahlern zugute komme. Insbesondere die 60 Prozent der Berufstätigen, die derzeit progressiv besteuert würden, sowie Steuerpflichtige mit Kindern würden durchgreifend entlastet.

Von den Kritikern „übersehen“ werde auch die Tatsache, daß neun von zehn Unternehmen in Zukunft weniger Steuern zahlten, da sie als Personengesellschaften der Einkommensteuer unterlägen. **Gerade mittelständische Unternehmen profitierten von den erweiterten Abschreibungsmöglichkeiten, und die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Kapitalgesellschaften werde durch die niedrige Körperschaftsteuer gestärkt.** Die Steuerre-

form sei und bleibe die Nagelprobe für eine erfolgreiche Finanzpolitik dieser Regierung.

Der BVR appelliert daher an die Bundesregierung, sich auf keinen Fall von dem als richtig erkannten steuerpolitischen Weg abbringen zu lassen. Die geplanten Entlastungen müßten nach Art und Umfang realisiert werden. Wie vorgesehen sollte der Staat auf gut 25 Milliarden Mark endgültig verzichten. Was den verbleibenden Finanzierungsbedarf betreffe, hätten zunächst einmal alle öffentlichen Haushalte besonders strenge Ausgaben- disziplin zu wahren. Gleichzeitig müßten Subventionen, soweit sie sich überlebt hätten, konsequent abgebaut werden.

Auf keinen Fall sollte nach Ansicht des BVR zur Finanzierung der geplanten Steuersenkung die Mehrwertsteuer erhöht werden, nur weil mancher den politisch mühevolleren Weg über den Abbau von Subventionen scheue. Für durchaus akzeptabel hält es der BVR allerdings, die Nettoneuverschuldung des Staates vorübergehend wieder ansteigen zu lassen.

Konjunktur: Wachstumspause überwunden

Die vornehmlich außenwirtschaftlich bedingte Wachstumspause der deutschen Wirtschaft ist nach Ansicht des BVR überwunden. Auftragseingänge und Produktionsdaten signalisierten, daß sich die konjunkturelle Entwicklung im zweiten Quartal 1987 wieder deutlich belebt habe. Der Schwerpunkt liege dabei beim privaten Konsum. Steigende Einkommen der privaten Haushalte, stabile Preise und niedrige Zinsen ließen für die nächsten Monate einen kräftigen Anstieg der privaten Nachfrage erwarten. Dies werde insbesondere

(Fortsetzung nächste Seite)

Positive Signale auf dem Arbeitsmarkt

Die wirtschaftliche Entwicklung hat wieder an Dynamik gewonnen, erklärt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, zu den jüngsten Arbeitsmarktdaten. Der Wachstumspfad der Wirtschaft stabilisiert sich. Auch auf dem Arbeitsmarkt zeigen sich vermehrt positive Signale. Es besteht begründete Aussicht, daß sich die positiven Tendenzen noch verstärken werden.

Die Unternehmen bieten wieder mehr Arbeitsplätze an, die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen wächst. Gegenüber August 1986 stieg ihre Zahl sogar um 22 700. Die Arbeitsämter konnten im Vergleich zum Vorjahresmonat rd. 20 000 Menschen mehr in Arbeit vermitteln.

Nach wie vor wächst die Zahl der Erwerbstätigen; sie liegt im Durchschnitt der ersten sieben Monate dieses Jahres um rd. 200 000 über dem Vergleichszeitraum im Jahre 1986.

Die aktuellen Daten unterstreichen: Die positiven Erwartungen der Bundesregierung zu gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und zur Entwicklung am Arbeitsmarkt sind realistisch; der Aufbau der Beschäftigung und der Abbau der Arbeitslosigkeit werden weitergehen.

Die Bundesregierung legt durch ihre Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik dazu solide Fundamente. Die Unternehmen sind aufgefordert, die Verbesserungen der ökonomischen Rahmenbedingungen und der Wachstumsperspektive zügig in mehr Beschäftigung umzusetzen.

(Fortsetzung von Seite 15)

den mittelständischen Bereichen des Handels und des Handwerks zugute kommen. Im Gesamtjahr 1987 dürfte der Einzelhandel ein Umsatzwachstum von real 2,5 bis drei Prozent erreichen, das Handwerk eines von real etwa zwei Prozent. Eine positive Grundtendenz zeige auch die Entwicklung der privaten Investitionen. Insbesondere in den letzten Monaten sei die Investitionsbereitschaft der Unternehmen gestiegen. Hierbei dürfte neben der moderaten Kostenentwicklung, der nach wie vor guten Ertragslage und günstigen Finanzierungsbedingungen der seit einem halben Jahr annähernd konstante Wechselkurs des US-Dollars eine wichtige Rolle gespielt haben. Auch die Bautätigkeit sei seit Mitte des Jahres wieder auf Wachstumskurs eingeschwenkt, Nachfrage und Produktion lägen deutlich über den Tiefpunkten vom Jahresanfang.

Bau von Radwegen wird gefördert

Das Radwegeprogramm des Bundesverkehrsministeriums sieht für den Zeitraum 1982 bis 1990 den Bau von 1950 Kilometern Radwegen an Bundesstraßen mit Gesamtkosten in Höhe von 750 Millionen Mark vor. Bis Ende 1990 stehen damit rund 11 000 Kilometer Radwege an diesen Straßen zur Verfügung. Von 1982 bis 1986 sind annähernd 1 500 Kilometer Radwege für über 400 Millionen Mark an Bundesstraßen errichtet worden. Damit sind etwa 30 Prozent der Bundesstraßen mit Radwegen versehen. Der Bau von Radwegen trägt wesentlich dazu bei, daß die Zahl der Radfahrunfälle mit tödlichem Ausgang seit 1970 um fast 60 Prozent gesunken ist. Hier gilt es, konsequent weiterzumachen.

Im Umweltschutz sind wir Vorreiter in Europa

Seit den Kabinettsbeschlüssen der Bundesregierung zur Einführung bleifreien Benzins und des umweltfreundlichen Pkw sind nunmehr vier Jahre vergangen. Bundesumweltminister Klaus Töpfer zog in Bonn Bilanz:

Zur Zeit sind über 5,7 Mio. schadstoffreduzierte Pkw im Verkehr. Davon sind über 2,7 Mio., d. h. ca. zehn Prozent aller im Verkehr befindlichen Pkw, schadstoffarm. Fast 1,3 Mio. Fahrzeuge sind mit dem Katalysator ausgerüstet. Davon über 700 000 mit dem geregelten Dreiwegekatalysator. Jedes zweite Benzinfahrzeug kommt heute mit dem Katalysator ausgestattet in den Verkehr. Jedes vierte Benzinfahrzeug hat den geregelten Dreiwegekatalysator. Bleifreies Benzin hat jetzt einen Marktanteil von 25,5 Prozent. Der Anteil bleifreien Benzins am Normalbenzinabsatz beträgt 40 Prozent.

Verbot des verbleiten Normalbenzins

Herausragendes Ergebnis des letzten Umweltministerrates der EG war die Verabschiedung der EG-Benzin-Blei-Richtlinie, die uns ein Verbot verbleiten Normalbenzins ermöglicht. Von diesem Verbot erwarte ich eine Verminderung der Bleiemissionen des Verkehrs — verglichen mit dem Zustand vor Einführung bleifreien Benzins von 1 500 — 2 000 t jährlich. Jeder Autofahrer, der künftig bleifreien Kraftstoff nutzt, leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit- und Umweltvorsorge, insbesondere auch in den Innenstädten.

Durch den Wegfall bleihaltigen Normalbenzins wird es jeder Tankstelle ermöglicht, an der damit freiwerdenden Benzinsäule bleifreies Benzin anzubieten. Diese

Möglichkeit ist insbesondere für kleinere Tankstellen außerhalb der Städte von großer Bedeutung. Sie versetzt auch diese Tankstellen in die Lage, bleifreies Benzin ohne zusätzliche Investitionen anzubieten. In Zukunft wird daher voraussichtlich an allen 20 000 Tankstellen in der Bundesrepublik Deutschland bleifreies Benzin angeboten.

Grenzwerte für schadstoffarme Pkw

Auch bei den Grenzwerten für schadstoffarme Pkw sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Der Rat gelangte auf der Grundlage der neuen Europäischen Akte, die Mehrheitsbeschlüsse ermöglicht, zu einem förmlichen Beschluß der Luxemburger Grenzwerte für die schadstoffarmen Pkw. Nach der noch ausstehenden Stellungnahme des Europäischen Parlaments kann die Richtlinie voraussichtlich im Dezember verabschiedet werden.

Die Grenzwerte der Richtlinie erfordern für Benzinfahrzeuge mit einem Hubraum von mehr als 2 l den geregelten Dreiwegekatalysator, bei Fahrzeugen der Mittelklasse zwischen 1,4 und 2 l Hubraum bis auf wenige Ausnahmen teils den geregelten Dreiwegekatalysator, teils den unregulierten Katalysator. Für kleine Fahrzeuge unter 1,4 l (Zulassungsanteile in der Bundesrepublik Deutschland 27,5 %) sind als erste Stufe Übergangswerte festgelegt worden, die teils mit motorischen Maßnahmen, teils mit dem unregulierten Katalysator erreicht werden können.

Verringerung der Schadstoffe bei Lkw

Weiterhin hat der Rat Richtlinien beschlossen, mit der die gasförmigen Emissionen von Lkw um 20 % bei den

Schadstoffen Kohlenmonoxid und Stickoxid und um 30 % bei den Kohlenwasserstoffen herabgesetzt werden sollen. Auch hier ist vor der formellen Verabschiedung noch die Stellungnahme des Europäischen Parlaments einzuholen.

Partikelgrenzwerte für neue Diesel-Pkw

Im Hinblick auf die Partikelgrenzwerte für neu in Verkehr kommende Diesel-Pkw legte der Rat Orientierungslinien fest. Aus meiner Sicht war hierbei wesentlich, daß der Rat die Notwendigkeit einer zweiten, weitergehenden Verminderungsstufe anerkannt hat und daß für diese Stufe entsprechend der Stellungnahme des Europa-Parlaments der Wert von 0,8 g/Test als Typengrenzwert — wenn auch mit einer Prüfklausel versehen und zunächst für neue Motoren — in die Orientierungslinie eingebracht werden konnte. Für die alten Motoren enthalten die Orientierungslinien als erste Stufe die Werte von 1,1 und 1,4 g/Test. Damit entspricht das ins Auge gefaßte Grenzwertsystem im wesentlichen der Stellungnahme des Europäischen Parlaments. Ich werde mit der deutschen Automobilindustrie intensive Gespräche führen, um die zweite Stufe mit den scharfen Grenzwerten möglichst frühzeitig — auch vor einer entsprechenden EG-Regelung — zu erreichen.

„ASU“ für Dieselfahrzeuge

Durch Überwachung und Wartungszwang im Verkehr befindlicher Dieselfahrzeuge können die jährlichen Partikelemissionen der Diesel-Lkw und Diesel-Pkw um bis zu 20 % vermindert werden. Entsprechende Vorschriften sind bereits in Erarbeitung. Ich strebe hierbei Lösungen an, die aus der Sicht des Umweltschutzes effizient sind, aber unnötigen Verwaltungsaufwand vermeiden und die auch aus der Sicht der Autofahrer akzeptabel sind.

Die Partikelemissionen der Lkw belaufen sich auf fast 80 % der gesamten Partikelemissionen des Straßenverkehrs mit Dieselfahrzeugen. Daher sind gerade beim Lkw technische Minderungsmaßnahmen am wirkungsvollsten. Die deutsche Automobilindustrie hat zugesagt, den Rußfilter für Lkw, der sich noch in der Entwicklungs- und Erprobungsphase befindet, beschleunigt bis zur Serienreife zu entwickeln.

Qualität des Dieselkraftstoffs

Schließlich kann die Verbesserung der Qualität des Dieselkraftstoffes die Partikelemissionen von Dieselfahrzeugen beeinflussen. Ich erwarte von der Mineralölwirtschaft einen Beitrag zur Verminderung der Rußemissionen des Verkehrs und fordere sie dazu auf, einen qualitätsmäßig verbesserten Dieselkraftstoff allgemein anzubieten.

Sie sehen, daß die Verminderung der Schadstoffemissionen des Verkehrs auf breiter Front ansetzt. Grundregel ist hierbei die Forderung nach der Anwendung des Standes der Technik zur Schadstoffbegrenzung und die EG-Harmonisierung bei der Einführung neuer Produktnormen.

Umrüstung

Durch das verbesserte Abgasverhalten neu in den Verkehr kommender Fahrzeuge können die Schadstoffemissionen des Verkehrs allerdings nur allmählich gesenkt werden. Um eine schnelle Verminderung der vom Verkehr ausgehenden Schadstoffemissionen zu erreichen, ist es nach wie vor erforderlich, auch das Abgasverhalten der im Verkehr befindlichen Fahrzeuge durch Umrüstung zu verbessern. Die Bundesregierung hat hierzu — bisher weltweit ohne Beispiel — ein Konzept entwickelt.

Die Zahl der Umrüstungen ist allerdings noch nicht befriedigend. Nach den Schät-

Bindeglied zwischen CDU und CSU

Auf eine vierzigjährige Geschichte blickte die Junge Union Deutschlands am vergangenen Samstag (5. September 1987) in der Bonner Beethovenhalle zurück. In Anwesenheit von Bundeskanzler Helmut Kohl, des Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe Bötsch und des Festredners, Alt-Bundespräsident Karl Carstens, betonte der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Christoph Böhr, die Funktion seiner Organisation als „einzigendes Band zwischen CDU und CSU“. Als Motor der Partei habe die Junge Union in den vergangenen Jahrzehnten durch ihre programmatische Arbeit immer wieder zur innerparteilichen Erneuerung beigetragen.

Oftmals, so Bundeskanzler Kohl, habe die Junge Union in ihrem Idealismus über das Ziel hinausgeschossen, ihm sei aber eine solche Parteijugend allemal lieber als eine, der nichts einfällt und die

zungen des Kraftfahrt-Bundesamtes haben wir zur Zeit ca. 600 000 Umrüstungen, obwohl allein die Zahl der zur Umrüstung auf „schadstoffarm“ geeigneten Fahrzeuge über zwei Mio. beträgt. Die Automobilhersteller und das Kraftfahrzeuggewerbe bieten für die Umrüstung eine Vielzahl technischer Möglichkeiten mit und ohne Katalysator an, die insbesondere für den Fall, daß die Kategorie „schadstoffarm“ erreicht wird, zu einem Steuervorteil führen, der die Einbaukosten für das Reinigungssystem bei weitem übersteigt. Ich rufe daher alle Autofahrer nachdrücklich noch einmal auf, sich bei ihrer Werkstatt über die Umrüstmöglichkeiten für ihre Fahrzeuge zu informieren.

nur auf die Anweisung aus Bonn und München warte.

Die Entwicklung von CDU und CSU wäre ohne den Beitrag der Jungen Union nicht möglich gewesen. Das JU-Grundsatzprogramm von 1973 habe deutliche Wegmarken für die Erarbeitung des CDU-Grundsatzprogramms gesetzt.

MdB Bötsch betonte, daß die Junge Union politische Heimat für jenen Teil der jungen Generation sei, der sich dem Gedankengut der Unionsparteien verbunden weiß. Insbesondere CDU und CSU als große Volksparteien seien auf eine schlagkräftige Jugendorganisation angewiesen.

Alt-Bundespräsident Karl Carstens mahnte die Jugend in seiner mit viel Beifall bedachten Rede, sich trotz allen Engagements immer wieder auf die geistigen Grundlagen und Wertmaßstäbe christlicher Politik zu besinnen. Nur wer in seinem eigenen Lebensbereich nach diesen Werten handle, könne auch erfolgreich am größeren Entwurf mitarbeiten. ■

„Umweltpolitik sichert 400 000 Arbeitsplätze“

Die von der Bundesregierung betriebene Umweltpolitik sichert nach den Worten von Bundesumweltminister Töpfer über 400 000 Arbeitsplätze. Bei der Verleihung des Preises für Umweltschutz der Deutschen Ausgleichsbank verwies Töpfer auf Schätzungen des Statistischen Bundesamtes, wonach der Produktionswert der Umweltschutzgüter und -leistungen auf 21,5 Milliarden Mark zu beziffern ist. Die wichtigsten Branchen, die Umweltschutzgüter herstellen, sind der Maschinenbau, der Straßenfahrzeugbau und die Elektrotechnik.

Kanzler-Wort wird wahr: Europa bald ohne Binnengrenzen

Die Sommerreisezeit neigt sich dem Ende zu. Millionen europäischer Reisender haben auf dem Weg zu ihrem Ferientziel die Grenzen zu EG-Staaten überschritten. Im Jahre 1986 gab es über die deutschen Grenzen zu den anderen EG-Staaten rund 420 Millionen Ein- und Ausreisen.

Vor drei Jahren ging von Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident Francois Mitterrand in Rambouillet der Anstoß zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs in Europa aus. 1984 wurde das Abkommen von Saarbrücken mit der französischen Regierung, im gleichen Jahr das Übereinkommen mit Österreich, 1985 das Abkommen von Schengen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten, 1986 das Abkommen mit Dänemark geschlossen.

Angesichts des Sommerreiseverkehrs ist es daher an der Zeit, — so Staatssekretär Waldemar Schreckenberger, sich Rechenschaft über das Erreichte abzulegen:

Haben die Abkommen im Reiseverkehr zu Erleichterungen geführt?

Sind diese Erleichterungen mit Defiziten im Sicherheitsbereich bezahlt worden?

Wie geht es mit der Umsetzung der Abkommen weiter?

Für den reisenden Bürger mit dem Pkw ist ein sichtbares Zeichen für Erleichterungen und Beschleunigungen beim Grenzübertritt das „Abfertigungsverfahren ohne Wartezeiten“, nach dem sich die Grenz- und Sicherheitsbehörden, Polizei und Zoll, grundsätzlich auf Sichtkontrollen beschränken und Stichproben nur in Einzelfällen und auf gesonderten Fahr-

spuren erfolgen sollen. Insgesamt läßt sich sagen, daß die getroffenen Vereinbarungen sich bewährt haben. An den Grenzen zu Frankreich und den Benelux-Staaten gibt es — außer in Sondersituationen, zum Beispiel bei polizeilichen Fahndungen — keine Staus mehr, die Abfertigung ist flüssiger und schneller geworden.

Im Verkehr nach Österreich hat es anfangs einige Schwierigkeiten gegeben, die zwischenzeitlich ausgeräumt sind. Das deutsch-dänische Abkommen von 1986 blieb wegen der Verpflichtung Dänemarks, die Grenzkontrolle auch für die nordeuropäischen Länder im Rahmen der Nordischen Paßunion wahrzunehmen, hinter den Abkommen mit den anderen Nachbarn zurück. Ich bin zuversichtlich, daß die dänische Grenzpolizei — wie es beim dänischen Zoll schon heute der Fall ist — bald ermächtigt wird, ihre Kontrollen ebenfalls auf Stichproben zu beschränken.

Die dänische Regierung hat schon heute Vorsorge getroffen, daß der grenzüberschreitende Verkehr vor allem in den Ferienzeiten problemlos abläuft.

In den Abkommen mit Frankreich und den Benelux-Staaten spielt die Einrichtung gemeinsamer Kontrollstellen eine besondere Rolle. An der Grenze zu Frankreich werden heute 26 von 43, an den Grenzen zu den Benelux-Staaten 87 von 100 Straßenübergängen gemeinsam kontrolliert, so daß der Reisende nur eine Kontrollstelle passieren muß.

Es ist weiterhin gelungen, Erleichterungen für den Bus- und Güterverkehr sowie im Eisenbahnverkehr zu erreichen. Auch konnten Vereinfachungen im Bereich des

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von Seite 20)

Pflanzen- und Tiertransports, wie der Verzicht auf Zertifikate und Kontrollen, erzielt werden.

Sicherheit wird nicht vernachlässigt

Die Bundesregierung war sich von Anfang an mit den Bundesländern darüber einig, daß der Abbau von Kontrollen nicht mit Sicherheitsrisiken erkaufte werden darf. Daher ist wesentlicher Bestandteil aller Abkommen die verstärkte Zusammenarbeit von Zoll- und Polizeibehörden.

Sind durch den Verzicht auf Kontrollmaßnahmen besondere Sicherheitsprobleme aufgetreten? Die Frage läßt sich eindeutig verneinen: Eine Auswertung der Zollverwaltung zeigt, daß der Sicherheitsstandard bei der grenzpolizeilichen Kontrolle und bei den sicherheitsrelevanten Waren gehalten, bei Rauschgift sogar erhöht werden konnte. So konnten an den Grenzen zu unseren EG-Nachbarn die Aufgriffe wegen Rauschgiftdelikten zwischen 1984 und 1986 um 26 Prozent, die sichergestellten Rauschgiftmengen sogar um 63 Prozent gesteigert werden. Die Aufgriffe wegen Schmuggels von Waffen, Munition und Sprengstoff sind im gleichen Zeitraum nur geringfügig zurückgegangen, so daß man auch hier von einem verminderten Sicherheitsstandard nicht sprechen kann.

Die grenzpolizeilichen Aufgriffe insgesamt haben sich zwischen 1984 und 1986 so gut wie nicht geändert. Insgesamt sind trotz Rückgangs der Stichprobendichte durch gezieltere Kontrollen Defizite im Sicherheitsbereich vermieden worden.

Rauschgifthandel gilt besonderes Augenmerk

Von Anfang an waren die Angleichung und Harmonisierung von Rechtsvorschriften, welche die innere Sicherheit gewährleisten und der verstärkten

gemeinsamen Verbrechensbekämpfung dienen, ein zentraler Punkt. Denn nur auf diese Weise ist es möglich, die Kontrolle an den Binnengrenzen völlig zu beseitigen und an die Außengrenzen der Vertragsstaaten zu verlegen. In den letzten 12 Monaten sind im Rahmen des Abkommens mit Frankreich und den Benelux-Staaten beachtliche Fortschritte erzielt worden. So wurden beim letzten Treffen der ständigen Vertragskommission am 3. Juni 1987 in Den Haag auf deutsches Drängen hin die wesentlichen Elemente für ein Ergänzungsabkommen beschlossen, das der Harmonisierung wichtiger Teilbereiche der den jetzigen Grenzkontrollen zugrunde liegenden Gesetze dient. Zwischen den fünf Staaten wurden verbindliche Regelungen für die Verfolgung von Rauschgiftdelikten erarbeitet; auch wurde vereinbart, daß eine Arbeitsgruppe der Mitgliedstaaten für die ständige Koordinierung bei der Bekämpfung des illegalen Rauschgift Handels sorgt.

Zum wirksameren Kampf gegen die Gewaltkriminalität sind die Grundlagen für die Harmonisierung des Waffenrechts und die Einrichtung eines Informationsaustauschsystems zur Kontrolle von Erwerb und Besitz von Schusswaffen vereinbart worden. Das deutsche Waffenrecht stand Pate.

Mißbrauch des Asylrechtes eingedämmt

Um unerlaubte Einreisen und den Mißbrauch des Asylrechtes zu erschweren, soll die Einführung gemeinsamer Sanktionen gegen Beförderungsunternehmen, die Ausländer ohne erforderliche Reisepapiere in die Vertragsstaaten bringen, abkommensmäßig festgelegt werden. Außerdem sollen die Kontrollmethoden an den Außengrenzen harmonisiert und vereinheitlicht sowie Kontaktbeamte zwischen den fünf Ländern ausgetauscht werden. Im Bereich der Visa- und Aus-

länderpolitik haben sich die Vertragsstaaten auf eine gemeinsame Sichtvermerks- und Einreisepolitik geeinigt und einheitliche Bestimmungen für den Aufenthalt von Ausländern aus Staaten außerhalb der EG vereinbart.

Die Vertragskommission will das Abkommen möglichst noch in diesem Jahr abschließen.

Ein Ärgernis sind noch immer die Freimengenbeschränkungen. Bis zum Ende des Jahres sollen nunmehr die besonderen Freimengenbeschränkungen für Grenzbewohner und Grenzarbeitnehmer an den Grenzen zwischen den fünf Vertragsstaaten aufgehoben werden. Die Niederlande, Luxemburg und die Bundesrepublik Deutschland haben sich hierzu im Fall der Gegenseitigkeit schon bereit erklärt.

Für das weitere Zusammenwachsen der Staaten Europas sind die vorgesehene Angleichung in der Visa-, Einreise- und Asylpolitik, im Waffen- und Betäubungsmittelrecht sowie die vereinbarte Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich von erheblicher Bedeutung. Die EG hat sich bisher allerdings vergeblich bemüht, das „Abfertigungsverfahren ohne Wartezeiten“ an den gemeinsamen Grenzen einzuführen. Den Abkommen kommt daher für die EG eine Vorreiterrolle zu. Sie werden darüber hinaus für die Zusammenarbeit aller europäischer Staaten.

Es ist gelungen, zwischen den Vertragsstaaten rasche Fortschritte in der Schaffung eines gemeinsamen Raumes der Freizügigkeit zu erzielen, als dies nach den Beratungen der EG zu erwarten war. Der Schlüssel hierfür ist: ein entschiedener politischer Wille und eine unkonventionelle Form der Beratung und Verhandlung. Die Ausstrahlung, die von der Idee eines Europas ohne Grenzen und vom Abkommen von Schengen für die europäischen Staaten ausgeht, ist nicht zuletzt

durch den Beitrittsantrag Italiens und das Interesse Österreichs, weiteren Abkommen näherzutreten, deutlich geworden.

Unser Ziel ist es, bis Anfang der neunziger Jahre die Grenzkontrollen vollends von den gemeinsamen Grenzen an die Außengrenzen zu verlagern. Die nächste Sitzung der Vertragskommission, die für Dezember 1987 in die Bundesrepublik Deutschland einberufen wurde, muß uns einen weiteren entscheidenden Schritt voranbringen.

Besserung auf dem Lehrstellenmarkt erwartet

Auf dem Ausbildungsstellenmarkt in der Bundesrepublik zeichnet sich nach den Worten des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, **Heinrich Franke**, im Vergleich zum Vorjahr eine Besserung ab. Jedoch gebe es immer noch regionale und berufssachliche Engpässe, und das Angebot für Mädchen und für ausländische Jugendliche reiche nicht aus. Franke appellierte an Betriebe und Verwaltungen, das Angebot dort nochmals zu steigern, wo Mangel herrscht.

Ende August gab es nach dem Bericht der Bundesanstalt noch 88 900 nicht vermittelte Bewerber um Ausbildungsplätze. Gegenüber dem Vorjahr sind das 22 700 oder 20,4 Prozent weniger. Von den gemeldeten Stellen waren noch 77 000 unbesetzt, das waren 23 100 oder 42,7 Prozent mehr als im letzten Jahr. Franke wies darauf hin, daß die meisten der noch nicht vermittelten Bewerber bereits einen Vermittlungsvorschlag erhalten haben. Vor allem im September, aber auch später würde noch eine größere Zahl von Bewerbern Ausbildungsverträge abschließen.

Unser Einsatz für Menschenrechte in aller Welt

Wegen der großen Nachfrage sind die Dokumentationen zum Thema „Menschenrechtsverletzungen“ neu aufgelegt worden und jetzt über das IS-Versandzentrum zu beziehen. Ferner weisen wir auf das Aktionshandbuch: „Unser Einsatz für Menschenrechte in aller Welt“ hin, das zur Unterstützung der Arbeit in den Verbänden dient und Anregungen für Aktionen enthält.

Die Dokumentationen können unter folgenden Bestellnummern bezogen werden:

- 3997 Menschenrechte in Afghanistan
- 3994 Politische Häftlinge in der DDR
- 3995 Menschenrechte in Südafrika
- 3998 Nicaragua-Report —
- Wie frei ist Nicaragua?
- 3996 Menschenrechte in Chile

Mindestabnahme: je Best.-Nr.
10 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 15,00 DM

Aktionshandbuch: „Unser Einsatz für Menschenrechte in aller Welt“

Mindestabnahme: 10 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 9,50 DM
Bestell-Nr.: 3753

Bestellungen richten Sie bitte zu den üblichen Bedingungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

Menschenrechte in Afghanistan

Politische Häftlinge in der DDR

Menschenrechte in Südafrika

Nicaragua-Report

Menschenrechte in Chile

Dokumentation
der CDU-Bundesgeschäftsstelle



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Nüchterner Empfang für den Staatsratsvorsitzenden

Kohl zu Honecker: Machbares regeln

Kölnler Stadt-Anzeiger

Kohl zu Honecker: Der Schießbefehl muß weg

Kölnische Rundschau

Kohl: Die deutsche Frage bleibt offen

Rheinische Post

UiD

27/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn,
Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag:
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75,
5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon
(02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr.
2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-
Druck, Düsseldorf.